

Unabhängige
Zeitung
an der RUB

Nr. 3/99 • 27.04.1999

2313

13 Jahre nach Tschernobyl: Atomkraft endlich sicher



In diesem Heft:

- Hochschule** BigMäc in GB?
- Thema** 13 Jahre Tschernobyl
- Kultur** Blumfelds *old nobody*

Mehrheit für Faschisten in der Türkei

Bei den diesjährigen Kommunal- und Parlamentswahlen in der Türkei, am 18. April 1999, ist die faschistische Partei der nationalen Bewegung (MHP), hier besser bekannt als 'graue Wölfe', zur zweitstärksten Kraft im Land geworden. Eine Koalition mit der sogenannten Partei der demokratischen Linken (DSP) unter der Führung des derzeitigen Ministerpräsidenten Ecevit gilt als sicher. Ein so zusammengesetztes Parlament läßt nicht einmal den Ansatz eines Demokratisierungsprozesses in der Türkei zu.

Der Beginn der neuen Nationalismuswelle in der Türkei kann in der Entführung und Verhaftung des PKK-Vorsitzenden Öcalan Anfang des Jahres gesehen werden. Öcalan wollte das „Kurdistan-Problem“ auf die europäische Tagesordnung setzen; sein Versuch so eine Verbesserung der Verhältnisse in der Türkei und Kurdistan zu erreichen scheiterte jedoch bekanntlich mit seiner Verhaftung durch den türkischen Geheimdienst in Kenia. Die Folgen der

fehlenden Solidarität Europas sind fatal. Die als nationales Großereignis zelebrierte Verhaftung Öcalans löste in der türkischen Bevölkerung Haß und Verachtung gegen KurdInnen und linke Oppositionelle aus, unterstützt durch die überwiegend gleichgeschalteten staatlichen und privaten Medien.

Neue Repressionswelle gegen linke Oppositionelle

Die türkische Regierung hat diese Entwicklung zum Anlaß genommen, mit dem Vorwurf des Separatismus eine nationalistische Hetze gegen kurdische Einrichtungen, demokratische Parteien und Menschenrechtsverbände zu betreiben. Ergebnis der nationalistischen Euphorie sind wieder tausende von Festnahmen sowie staatlich geplante und ausgeführte Morde an kritischen Menschen. Im Zuge dieser neuen Repressionswelle ist zu befürchten, daß demokratische und kritische Organisationen in der Türkei, wie die pro-kurdische HADEP, über kurz oder lang verboten werden.

Auch während des Wahlkampfes sah das Bild nicht anders aus; Im Gegensatz zu bürgerlichen, systemimmanenten Parteien wurden oppositionelle Kräfte immer wieder Opfer polizeilicher Gewalt. Etliche Mitglieder links-oppositioneller Parteien wurden während ihres Wahlkampfes festgenommen und daran gehindert, öffentliche Kundgebungen durchzuführen. Die Liste organisiert faschistoider Übergriffe und staatlicher Repressionen ließe sich endlos fortsetzen und so wird es auch in Zukunft bleiben, wenn gegen die Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag nichts unternommen wird.

Deshalb ist es die Aufgabe aller kritikfähigen Menschen sich gegen solche Entwicklungen zu wehren und nationalistisch faschistischem Gedankengut in keiner Weise Möglichkeit zu bieten, sich auszuweiten, zu strukturieren und zu institutionalisieren.

Inhalt

SEITE 2:	Aktuelles
SEITE 3:	Hochschule: <i>Akafo, Qualitätspakt</i>
SEITE 4:	Thema: <i>13 Jahre Tschernobyl</i>
SEITE 6:	CD: <i>Blumfeld</i>
SEITE 7:	Buch: <i>Kameradinnen</i>
SEITE 8:	veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaftsräten OAW, SoWi, Bio und Mathe an der RUB.

REDAKTION: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Melanie Köhler, Hans Martin Krämer, Henrik Motakef, Charlotte Ullrich
 VISDP: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bo.

KONTAKT: c/o FR Sowi, GC 04/150, 2313@gmx.de

Brötchen teurer

**Auch ohne
McDonalds und
Pizzahut**

Von gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfuhr die 2313-Redaktion, in der AkaFö-Chefetage sei ernsthaft erwogen worden, die GB-Cafete an PIZZA-HUT oder einen anderen Kommerziellen ähnlicher Preisklasse abzugeben – trotz Kritik am Umbau in GA.

Das klingt wie ein dröger Scherz, quasi als Antwort auf den RUB-Kanzler, der auf der letzten Senatssitzung auf Anfrage behauptete, die Univerwaltung könnte ohne Rücksprache mit einem einzigen demokratischen Gremium GB an McDonald's verpachten. So einfach wäre das hier wohl nicht (nicht nur, weil alles unter "Nordsee"-Niveau zu militanten Aktionen der Profs führen würde). In Berlin dagegen, in Sachen Bildungskahlschlag der NRW-Regierung ja um einige Nasenlängen voraus, gibt es bereits allen Ernstes Werbung in Schulklassenräumen. Um vom Land eingesparte Finanzlöcher teilweise stopfen zu können, haben erste Berliner Schulen bereits Firmenlogos von Baumärkten im Briefkopf. Die RUB dagegen wird leider noch länger ohne den Daimlerstern im Logo auskommen müssen.

Unabhängig davon werden in wenigen Wochen die Brötchen und Joghurtbecher in den Cafeten etwas teurer. Grund sind vor allem allgemeine Preissteigerungen, Hintergrund ist aber auch, dass sich das Land zunehmend aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückzieht bzw. absehbar zurückziehen wird. Über die Finanzlage des Bochumer Studierendenwerkes, dem AkaFö, laufen zur Zeit heftige Auseinandersetzungen zwischen studentischen Gremienmitgliedern und Chefetage. Im Mittelpunkt stehen dabei einige teure Bauprojekte und Pläne der Geschäftsführung, den Sozialbeitrag (also das, was wir jedes Semester bei der Rückmeldung zahlen) um bis zu zehn Mark anzuheben.

Qualitäts- pakt:

**Noch ist nichts
entschieden**

Die von dem „Qualitätspakt“ NRW vorgesehenen Maßnahmen sind alles andere als beschlossene Sache. Das ist das Fazit der Informationsveranstaltung mit Ingrid Fitzek (Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses des Landtages) vom Donnerstag vergangener Woche.

Wer die Erlasse des Wissenschaftsministeriums der letzten Zeit gesehen hat, dürfte darüber einigermassen überrascht sein, denn diese bemühen sich, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Z.B. sollen die Hochschulen dem letzten Erlaß zufolge bis Ende dieser Woche über ihre Teilnahme am „Pakt“ entschieden haben. Ob es zu den mit dem „Pakt“ verbundenen haushaltstechnischen Maßnahmen aber überhaupt kommt, wird erst Ende des Jahres entschieden, dann nämlich, wenn der Landeshaushalt für das Jahr 2000 seine dritte Lesung überstanden hat.



marken-
universität
aus deutschen
landen

vorausselender gehorsam

Während sich die Hochschulen - die RUB eingeschlossen - also schon daran machen, über die Umsetzung der Stellenstreichungen Gedanken zu machen, sollten sie ihre Energien lieber darein investieren, auf Regierung und Landtag Einfluß zu nehmen. Zumindest bei den Grünen ist noch offen, ob sie den Streichungen in dieser Form zustimmen werden.

hmk

Ausstieg zurückgestellt

Die Atomindustrie und ihr Millia

Wieder einmal zeigte sich der sogenannte „Atomkonsens“ in der letzten Woche von seiner besten Seite. Erst wenn Atomtransporte trotz überschrittener Grenzwerte wieder rollen dürfen und die geplante Besteuerung der Entsorgungsrückstellungen zu ihrer Zufriedenheit geklärt, wolle sich die Atomindustrie weiter am Konsensspielen beteiligen. In anderen Worten: erst wenn die zentralen Forderungen der Energieversorgungsunternehmen (EVU) zur lukrativen Weitermutzung der Atomenergie erfüllt sind, will man der Öffentlichkeit weiter vorspielen, redlich um einen Atomausstieg (im „Konsens“) bemüht zu sein.

Dabei ist wirklich nicht besonders viel Scharfsinn erforderlich, um zu verstehen, daß eingetreten ist, was die Anti-Atom-Bewegung schon lange prophezeit hatte: Die Atomindustrie nutzt die „Konsens“-gespräche vor allem dazu, einen Ausstieg aus der Atomenergie hinauszuschieben, nach Möglichkeit solange, bis sich auch der neue Bundeskanzler traut, öffentlich zuzugeben, daß er kein wirkliches Interesse an einem Ausstieg hat. MiesmacherInnen behaupten freilich, daß das theatralische Ringen um einen Konsens auch auf Seiten der Regierung nur zu diesem Zweck inszeniert wird. Wären da nicht Spaßbremsen wie Minister Trittin, der sich (ein Lob auf den edlen Helden) im Gegensatz zum Kollegen Joschka, der seine vormaligen Überzeugungen gar schneller verliert als zuvor die überflüssigen Pfunde, tatsächlich noch an einige Kernpunkte alter Positionen seiner Partei erinnern kann. Daß dieser Unbelehrbare sich doch tatsächlich ziert, den Stopp von Atomtransporten aufzuheben, bevor dessen Ursache (an der die Atomindustrie selbstverständlich keinerlei Schuld trägt) beseitigt ist, ist fürwahr unverschämt. Da ist es

nur verständlich, daß die Atomlobby einmal kräftig auf den Tisch schlagen muß, damit Gerhard Schröder seinem Minister nochmal erklärt, was die Aufgaben einer Regierung sind.

steuerfrei und frei verfügbar

Was aber hat es mit der zweiten Forderung auf sich, die die EVU stellen? Hier hatte sich die Regierung doch tatsächlich erdreistet, die teilweise Auflösung und Besteuerung der sogenannten Entsorgungsrückstellungen zu erwägen. Nun ist es tatsächlich nicht unbedingt eine brillante Idee, diese Rückstellungen, die dafür gedacht sind, die Folgekosten eines AKWs (vom Abriß bis zur „End“-lagerung des radioaktiven Mülls) zu decken, anzugreifen. Wie hoch diese Kosten genau sein mögen ist nun einmal schwer abzuschätzen, zumal in Anbetracht der Tatsache, daß es weltweit kein Endlager für Atommüll gibt bzw. gar hunderttausende Jahre bis zum Abklingen der Radioaktivität betrieben worden ist. Für die Empörung bei der Atomindustrie sorgt allerdings erst das Vorhaben, einen Teil der Rückstellungen von insgesamt rund 74 Mrd. DM zu besteuern. Denn tatsächlich ist es so, daß dieses immense Kapital (das selbstverständlich aus der Kasse der StromkonsumentInnen bezahlt wurde) den EVU bisher vollständig steuerfrei zur Verfügung steht. Dabei gibt es bisher anders als beispielsweise im Versicherungswesen keine verbindlichen Richtlinien, wie die Rückstellungen anzulegen sind. So verfügt der Energieriese RWE über Rückstellungen in Höhe von 16,5 Mrd. DM. Die EVU verfügen also über ein schier unglaubliches Kapital, von dem RWE dann auch mal eben so 3,6 Mrd. DM in die Telefongesellschaft Otelo investieren konnte, ganz ohne Kredit. Auch in der Mineralöl-, Bau-, und Abfallwirt-

Uran- abbau und die Folgen

schaft konnten sich die EVU dank dieses Wettbewerbsvorteils gegenüber der Konkurrenz milliardenschwer einkaufen und haben sich längst zu äußerst mächtigen Mischkonzernen gemausert. Aber allein schon die Zinsgewinne aus den Rückstellungen lassen sich sehen. Es wird geschätzt, daß rund ein Drittel des Gewinns der RWE in den Jahren 96 und 97 aus solchen Zinsgewinnen bestand. Diese müssen übrigens keineswegs in die Entsorgung investiert werden, sondern gehören den EVUs.

peanuts

Und wenn der Konzern sich einmal verspekuliert? Wie könnte es anders sein, dann werden die SteuerzahlerInnen nach der Stromrechnung halt nochmal zur Kasse gebeten. So geschehen zum Beispiel beim Reaktor in Hamm-Uentrop, für dessen Stilllegung der Betreiber-gesellschaft schlicht und ergreifend das Geld fehlte. Gerade nach der Liberalisierung des Strommarktes ist es auch nicht unwahrscheinlich, daß das eine oder andere Unternehmen Konkurs anmelden und Milliardensummen offenlassen wird. Otelo fuhr übrigens 1,2 Mrd. DM Verlust ein. Für RWE freilich ein Betrag aus der Portokasse.

Und die Moral von der Geschichte?

Zitat aus der Verfassung des Landes NRW (Art.27):

1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeindeeigentum überführt werden.

2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten.

tf

Die Atomenergie ist längst nicht so sauber, wie es ihre Lobby gerne verbreitet. Am Anfang einer langen Spirale des Atom-mülls steht dabei der Abbau von Uran.

Uran als Brennstoff für unsere Atomkraftwerke ist ein Metall, das als Erz im Tagebau oder Untertage gewonnen wird. Selbst in guten Lagen liegt der Urananteil dabei unter 0,5%, d.h. es müssen riesige Gesteinsmengen bewegt werden. Um den Jahresbedarf eines 1300-MW-Atomreaktors von 33t Uran zu decken, müssen ca. 440.000t Erdreich bewegt werden, die dann zum größten Teil als strahlender Abraum gelagert werden. Dabei werden ganze Landstriche mit radioaktiven Partikeln verseucht. Gleichzeitig wird das Gas Radon freigesetzt, das besonders Lungenkrebs verursacht.

strahlenschutzverordnung außer kraft gesetzt

Für die Sanierung der Folgeschäden der Wismut AG (Uranförderung) mußten die Grenzwerte für radioaktive Strahlung in Thüringen und Sachsen erhöht werden, da sonst Teile dieser Bundesländer für unbewohnbar erklärt werden müßten.

Etwa 70% der weltweiten Uranvorräte liegen in Gebieten von indigenen Völkern (UreinwohnerInnen), davon ein großer Teil in Australien. Hier wird durch die Uranförderung der Völkermord der Kolonialisten nun durch die Betreiber von Atomkraftwerken fortgesetzt.

Informationsveranstaltung am 28.4. um 20h im Bahnhof Langendreer mit Wolfgang Kürr (Bundesverband Bürger-initiativen Umweltschutz)

Anti-Atom-Plenum Bochum

dead school hamburg

Die neue Blumfeld-CD „old nobody“

Blumfeld ist Gründungsmitglied der vielzitierten Hamburger Schule. Jetzt ist, nach vier langen Jahren, ihr neues, drittes Album da, und es hat mit „Diskursrock“ nicht mehr viel zu tun.

In den ersten beiden Alben hatten es Blumfeld so herrlich geschafft, das Persönliche auf der einen Seite, das Aufwachen, die Sorgen, die Liebe und das Innere der Trauer, das Politische auf der anderen Seite, ein überraschend angenehmer antinationaler Gestus, der Staat, das Verschwinden des Subjekts und die Moral der Geschichte schlüssig miteinander zu verbinden und sich so in die Herzen aller geschmackvollen Linken zu spielen.

diskurs?

Die Zeiten, in denen mit intelligenter Popmusik noch ein Blumentopf zu gewinnen war, sind vorbei. Der kritische Impetus der frühen Blumfeld CDs ist auf Old Nobody ausstrahlt, und zurück bleiben Zeilen wie: „Und ich liebe Dich mehr/als alle Worte dafür/ (...) Manchmal kommt es mir vor/ als könnte nichts uns beide trennen/ dann stehst Du vor mir/ als würden wir uns ewig kennen/ Du und Ich“ („Ein Lied von zwei Menschen“). Bei entsprechender musikalischer Untermauerung liegen Vergleiche mit der von Blumfeld-Texter Jochen Distelmeyer

neuerdings in Interviews gelobten Münchener Freiheit (ja genau: „Ohne Dich schlaf´ ich heut´ nacht nicht ein“) tatsächlich nahe. Aus dem Gesamteindruck bricht nur das sechsminütige

einleitende Gedicht aus - selbst das rockigste Stück der Platte, „Mein System kennt keine Grenzen“ wird versaut durch den Abschlußchor der „Klasse 4c Schule Kielortallee“.

pop!

Weiß der Teufel, was in den Distelmeyer gefahren ist, möglicherweise die adornoitische Erkenntnis, es gebe kein richtiges Leben im falschen, und somit sind dann Schlager okay. Doch das Private ist politisch, auch ohne daß Blumfeld beides erst miteinander verbinden müßten, und nur über das Private zu singen als gebe es mit dem Politischen kein Problem, kann mit Fug reaktionär genannt werden. Gerade dann, wenn es so banal, so unpunktiert und ohne Ironie, so platt und häßlich geschieht wie auf „Old Nobody“.

liebe?

Über die Liebe im Hier und Jetzt zu singen, das offensichtliche Anliegen der Platte, kann schon mal gelingen, wenn die Suspendierung echter Zärtlichkeit durch die Verhältnisse problematisiert wird, der Schmerz, der sich dem Empfinden einschreibt oder die Liebe als Erinnerung an das noch ausstehende Glück kontextualisiert wird. Doch gegen genau diesen bewußten Umgang mit sich und seinen Gefühlen wenden sich Blumfeld explizit, wenn sie jubeln: „Es führt kein Weg zurück/ die Tage werden enger/ ein Traum, ein Kuß, ein Glück/ hier bei Dir zu sein/und nicht für mich allein.“ („So lang es Liebe gibt“). Noch das unschuldige „Ich liebe Dich“ wird alsdann Ausrede für die Schmach des Daseins.

Klug ist, wer sich endlich die letzte Blumfeld-CD kauft: L´etat et moi.

Daniel Loick



Kameradinnen

Frauen stricken am Braunen Netz

Einige Dokumentationen gibt es bereits, die mit gutem Bildmaterial und umfangreichen Detailinformationen zu Nazikadern und ihren jeweiligen Organisationen als Nachschlagewerke für engagierte AntifaschistInnen durchaus sinnvoll nutzbar sind. Indes sind es noch zu wenige.

Die Fantifa Marburg versucht mit ihrem Überblick den stets unterbelichteten, aber zunehmend relevanter werdenden Einfluß der Frauen im braunen Netzwerk zu beleuchten. Es wird durch spezifische Beiträge verschiedener Autorinnen versucht, Frauen nicht als kuschende Mitläuferinnen, sondern als durchaus ideologiebildende Kader und exponierte Funktionärinnen in neofaschistischen Strukturen sichtbar zu machen. Alle Beiträge sind von kompetenten Frauen mit feministisch-antifaschistischen Forschungsschwerpunkten geschrieben.

feminismus von rechts?

Ein Beitrag beschäftigt sich beispielsweise mit der Frage, was für Frauen an faschistischer Ideologie und Organisation attraktiv ist und stellt als überraschendes Ergebnis fest, daß es in der Argumentationsweise rechter Frauenzusammenhänge scheinbare Überschneidungen zu linken feministischen Positionen und Programmatiken gibt.

von esoterik bis „aryan unity“

Weitere Texte beleuchten die spezifischen Frauenorganisationen innerhalb der neofaschistischen Szene, die „Deutsche Frauenfront“, die „Skingirffront Deutschland“ sowie die „Women for Aryan Unity“ und ihre jewei-

lige Einbindung in bundesdeutsche und internationale Nazistrukturen sowie die Zusammenhänge zwischen Faschismus und den Weiblichkeitskonzeptionen im neugermanischen Heidentum bzw. in spirituell- „feministischen“ Ansätzen.

aktive beteiligung

In einem weiteren Beitrag wird Bezug genommen insbesondere auf die intellektuelle Zusammenarbeit von Frauen im Rahmen publizistischer Tätigkeit für neurechte Presseorgane wie beispielsweise der „Jungen Freiheit“ sowie ihrer Mitarbeit in anerkannten rechtsextremen Parteien. Hier wird insbesondere deutlich gemacht, daß die Beteiligung von Frauen in Nazistrukturen sich nicht in der Mitarbeit irgendwelcher pubertären Reenies an plattester „Volkfronthezte“ erschöpft, sondern daß Frauen vielmehr zu einem großen Anteil Ideologiebildung im neofaschistischen Bereich.

Das Bildmaterial könnte umfangreicher sein, illustriert jedoch exemplarisch die weitgefächerte Bedeutung und „vielseitige Einsetzbarkeit“ von Frauen im rechtsextremen Spektrum.

K.-H. Hillmann



Orte, die einen Ausflug wert sind - Teil 3

Demonstrieren am 1. Mai

Am 1. Mai ist für alle was dabei, ob Erbsensuppe essen auf einem der zahlreichen SPD-Stadtteilfeste, Rumtreiben auf dem Eröffnungskulturvolksfest der Ruhrfestspiele Recklinghausen, Rudern auf der Europäischen Rheinregatter oder „....links, zwei, drei, eins, drei, wo dein Platz Genosse ist....“ demonstrieren.

So ist die antifaschistische Aktion: „Null Naziaufmarsch am 1. Mai in Bremen“ wirklich einen Ausflug wert. Denn seit gut zwei Jahren setzen faschistische Organisationen, die mit sozialer Gerechtigkeit und antikapitalistischem Widerstand nichts am Hut haben, alles daran, den „ArbeiterInnenkampftag“, getreu den Strategien der NSDAP für sich zu vereinnahmen. Keinen Fußbreit den FaschistInnen, weder am 1. Mai noch sonstwann!

cu



Demonstration gegen soziale Ausgrenzung und rassistische Hetze
Treffpunkt 9.00 Uhr Zentral-
krankenhaus Bremen Ost - Ecke
Züricherstraße/Osterholzer Land-
straße

Mehr Infos:

Infobüro 1. Mai, St.Paulistraße 10/12,
28203 Bremen, Fax und Telefon: 0241/
75682 oder: <http://www.nadir.org/>

Dienstag, 27. April

19.30h Zeche Carl, Essen

Europa und seine Grenzen - Flüchtlingspolitik und Osterweiterung der EU

aus der Veranstaltungsreihe: Greifen wir gemeinsam nach den Sternen.
Mit: Dominik John (Forschungsges. Flucht und Migration) und Christian Sterzing (MdB, Grüne)

20h Bahnhof Langendreer, Bochum (Raum 6)

Ende der Bescheidenheit - Gipfel stürmen '99

Kölner EU-Gipfel: Wettbewerb um Senkung der Lohnkosten und der sozialen Standards

Mittwoch, 28. April

19.30h Bahnhof Langendreer, Bochum (Raum 6)

Anti Atom Plenum: Uranabbau und seine Folgen

Donnerstag, 29. April

20h, Zeche Carl, Essen

Die sogenannte Re-Islamisierung

Zur kulturellen und religiösen Lage türkischer Jugendlicher in der BRD, mit Yasemin Karakasoglu (Wiss. Mitarb. Uni Essen)

Samstag, 1. Mai

**9h, Zentralkrankenhaus Bremen Ost - Ecke Züricherstraße/
Osterholzer Landstraße, Bremen**

„Null Naziaufmarsch am 1. Mai in Bremen“

ab 13h, Zeche Carl, Essen

Großes Internationales Kulturfest

Drinnen und Draußen

Sonntag, 2. Mai

12:00 - 18:00 Kino Endstation, Bahnhof Langendreer, Bochum

Satt, sauber, befriedigt - der rassistische und sexistische Normalzustand“

Diskussionsveranstaltung mit Informationen zum Abschiebeknast Neuss und Film Westwärts: drei Frauen - eine in Trennung lebende Thai, eine Exprostituierte und eine illegal lebende philippinische Hausangestellte - berichten über ihre Motive zur Migration und ihren Alltag in der BRD.

(In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung NRW)

13h, Gronau (Treffpunkt am Bahnhof)

Sonntagspaziergang zur Urananreicherungsanlage in Gronau anlässlich des 13. Jahrestages von Tschernobyl.

16h, Bahnhof Langendreer, Bochum

Respekt versus Straflosigkeit

Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen in Lateinamerika